SVS

Schweizerischer Verband der Sozialversicherungs-Fachleute

Zentral-Prüfungskommission

Berufsprüfung 2014

Recht

Aufgaben

Kandidatennummer:	
Prüfungsdauer:	**45 Minuten**
Anzahl Seiten der Prüfung (inkl. Deckblatt):	**9**
Beilage(n):	**Keine**
Maximale Punktzahl:	**45**

Erzielte Punkte:	
Note:	

Hinweise:

- Schreiben Sie Ihre Kandidatennummer auf das Deckblatt und jede Seite.
- Prüfen Sie den Aufgabensatz auf seine Vollständigkeit.
- Schreiben Sie Ihre Antworten ausschliesslich auf die Vorderseiten der Antwort-/Lösungsblätter. Stichworte sind zugelassen (auf Ausnahmen wird hingewiesen). Der blosse Hinweis auf einen Gesetzes- oder Verordnungsartikel genügt nicht (ausser, es wird ausdrücklich erlaubt).
- Verwenden Sie bei Bedarf für Ihre Lösungen ein Zusatzblatt. Es sind ausschliesslich die offiziellen Zusatzblätter erlaubt. Die Zusatzblätter werden Ihnen bei Bedarf durch die Prüfungsaufsicht abgegeben. Sie erhalten die Zusatzblätter nach Prüfungsbeginn durch Handzeichen.
- Die Prüfungsaufgaben können in beliebiger Reihenfolge gelöst werden. Teillösungen ergeben ebenfalls Punkte. Das Punktemaximum wird bei jeder Aufgabe angegeben.

Die Experten/innen			**Unterschriften**
Datum		Experte/in1	
		Experte/in 2	

	maximale Punkte	erzielte Punkte
Aufgabe 1: Gewaltenteilung **6 Punkte**		
1.1 Nennen Sie die Hauptaufgabe des Bundesgerichts mit genauer Angabe (inkl. Absatz) der Bestimmung in der Bundesverfassung.	2	
1.2 Nennen Sie die wichtigste Rolle der Bundesversammlung. Wie ist die Bundesversammlung zusammengesetzt? Nennen Sie die genaue Bestimmung in der Bundesverfassung. Wichtigste Rolle: Zusammensetzung: Bestimmung in der BV:	2	
1.3 Nennen Sie die Hauptaufgabe des Bundesrats mit genauer Angabe der Bestimmung in der Bundesverfassung.	2	

❒ ankreuzen bei Verwendung eines Zusatzblattes

	maximale Punkte	erzielte Punkte
Aufgabe 2: Verfahren **5 Punkte**		
Frau Rosalia Immergrün, wohnhaft in Lausanne, bezieht seit 1. Juli 2010 eine ganze IV-Rente bei einem Invaliditätsgrad von 75 %. Da es ihr gesundheitlich wieder besser geht, könnte sie theoretisch wieder rund 80 % der ursprünglichen Leistungsfähigkeit erlangen. Dann allerdings würde ja die IV-Rente wegfallen.		
Die IV-Stelle weist Frau Immergrün angesichts des verbesserten Gesundheitszustandes auf die Pflicht hin, ihre Restarbeitsfähigkeit im Rahmen des Zumutbaren zu verwerten.		
2.1 Welches sind die möglichen Folgen, wenn sich Frau Immergrün widersetzt oder entzieht bzw. wenn sie sich nicht von sich aus einer Behandlung unterzieht oder eine zumutbare berufliche Eingliederung antritt? Nennen Sie zudem den genauen Artikel (inkl. Absatz) im ATSG.	2	
2.2 Wie heisst der Grundsatz, wonach eine versicherte Person alles vorkehren muss, was vernünftigerweise von ihr verlangt werden kann, um die Dauer und das Ausmass der Behinderung zu reduzieren bzw. den Eintritt einer Behinderung zu verhindern?	1	
2.3 Die IV-Stelle erlässt am Freitag, 12. September 2014 (Posteingang bei Frau Immergrün am Samstag, 13. September 2014), ihre Verfügung. Wann endet die Frist für die Einreichung des Rechtsmittels (genaues Datum/Tag), wie heisst das Rechtsmittel und bei welcher Stelle muss das Rechtsmittel eingereicht werden?	2	

❒ ankreuzen bei Verwendung eines Zusatzblattes

	maximale Punkte	erzielte Punkte
Aufgabe 3: Privatrecht und öffentliches Recht **6 Punkte**		
3.1 Öffentliches Recht: Nennen Sie die drei Merkmale dieses Rechtsgebiets. Merkmal 1: Merkmal 2: Merkmal 3:	1.5	
3.2 Privatrecht: Nennen Sie die drei Merkmale dieses Rechtsgebiets. Merkmal 1: Merkmal 2: Merkmal 3:	1.5	
3.3 Nennen Sie zwei Gesetze, die zum öffentlichen Recht gehören, und nennen Sie ein Gesetz, das zum Privatrecht gehört. Öffentliches Recht: Gesetz 1: Gesetz 2: Privatrecht: Gesetz:	3	

❒ ankreuzen bei Verwendung eines Zusatzblattes

	maximale Punkte	erzielte Punkte
Aufgabe 4: Allgemeine Verwaltungsgrundsätze 6 Punkte		
4.1 Die IV-Stelle erlässt eine Verfügung betreffend einer Rentenabweisung. Die Verfügung enthält weder eine Begründung, noch hatte die Versicherte vorgängig die Möglichkeit zur Stellungnahme. Welchen allgemeinen Verwaltungsgrundsatz könnte die Versicherte anrufen um diese Verfügung anzufechten? Nennen Sie zudem den genauen Artikel im ATSG.	2	
4.2 Die Arbeitslosenkasse X stellt systematisch den Taggeldanspruch für 60 Tage ein, ohne je den Verschuldensgrad zu prüfen. Welcher allgemeine Verwaltungsgrundsatz ist hier verletzt?	1	
4.3 Nennen Sie (neben den in 4.1 und 4.2 aufgeführten) drei weitere allgemeine Verwaltungsgrundsätze. Grundsatz 1: Grundsatz 2: Grundsatz 3:	3	

❒ ankreuzen bei Verwendung eines Zusatzblattes

	maximale Punkte	erzielte Punkte
Aufgabe 5: Verfahren und Rechtspflege **7 Punkte**		
5.1 Adrien, der vor kurzem Opfer eines Unfalls geworden ist, wendet sich am Montag, 1. September 2014, an Sie. Er erhielt am 21. Juli 2014 eine Verfügung seines UVG-Versicherers. Hierin wird Adrien mitgeteilt, dass er künftig keinen Anspruch mehr auf die UVG-Rente hat. Adrien möchte diesen Entscheid anfechten. Er erkundigt sich bei Ihnen, ob dies noch fristgerecht möglich sei. Antworten Sie mit JA oder NEIN, und nennen Sie die genauen Gesetzesbestimmungen im ATSG (jeweils mit Artikel und Absatz). Entscheid: Gesetzesbestimmungen:	3	
5.2 Eliane wird eine Verfügung des KVG-Krankenversicherers zugestellt.		
5.2.1 In welcher Form kann sie diese Verfügung anfechten?	1	
5.2.2 Bei welcher Stelle muss sie reagieren?	1	
5.2.3. Werden Verfahrenskosten auferlegt? Antworten Sie mit JA oder NEIN, und nennen Sie die genaue Gesetzesbestimmung (Artikel und Absatz). Entscheid: Gesetzesbestimmung:	2	

❒ ankreuzen bei Verwendung eines Zusatzblattes

	maximale Punkte	erzielte Punkte
Aufgabe 6: ATSG **5 Punkte**		
Zählen Sie die vier Ziele des ATSG auf, und nennen Sie die genaue Gesetzesbestimmung.	5	
Ziel 1:		
Ziel 2:		
Ziel 3:		
Ziel 4:		
Gesetzesbestimmung:		

❒ ankreuzen bei Verwendung eines Zusatzblattes

	maximale Punkte	erzielte Punkte
Aufgabe 7: Falsch oder richtig **10 Punkte**		
Kreuzen Sie bei den nachstehenden Aussagen an, ob diese zutreffen (richtig) oder nicht (falsch).		
7.1 Eine Verfassungsrevision unterliegt dem fakultativen Referendum. ☐ richtig ☐ falsch	1	
7.2 Für eine Volksinitiative werden 50‘000 Unterschriften benötigt. ☐ richtig ☐ falsch	1	
7.3 Nach dem Grundsatz der Gewaltenteilung kann ein Bundesangestellter nicht als Nationalrat gewählt werden. ☐ richtig ☐ falsch	1	
7.4 Verfügungen können sowohl materiell als auch formell in Rechtskraft erwachsen. ☐ richtig ☐ falsch	1	
7.5 Wenn sich ein Sozialversicherungsträger weigert, einen Fall zu behandeln, liegt gegenüber der versicherten Person eine Rechtsverweigerung vor. ☐ richtig ☐ falsch	1	
7.6 Wenn ein neues Gesetz in Kraft tritt, gilt normalerweise der Grundsatz des Rückwirkungsverbots. ☐ richtig ☐ falsch	1	
7.7 Das ATSG findet auf alle Sozialversicherungszweige Anwendung. ☐ richtig ☐ falsch	1	
7.8 Das Datum des Inkrafttretens eines Gesetzes findet sich in seinem Titel. ☐ richtig ☐ falsch	1	

❒ ankreuzen bei Verwendung eines Zusatzblattes

	maximale Punkte	erzielte Punkte
Aufgabe 7: Falsch oder richtig (Fortsetzung)		
7.9 Der Versicherer ist an die Anträge des Einsprechers gebunden. ☐ richtig ☐ falsch	1	
7.10 Ein Versicherer kann von der versicherten Person, welche gutgläubig Leistungen bezog, die Rückerstattung der zu Unrecht bezogenen Leistungen fordern, sofern die Rückerstattung nicht zu einem finanziellen Härtefall führt. ☐ richtig ☐ falsch	1	

❒ ankreuzen bei Verwendung eines Zusatzblattes